

Abstimmverhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2890

anlässlich der
922. Sitzung des Bundesrates
am 23. Mai 2014

Angaben ohne Gewähr – es gelten die Beschlussdrucksachen des Bundesrates [Link](#)

Ergänzend zu den nachfolgenden Angaben wird auf das [Plenarprotokoll](#) verwiesen.

- 1.** Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes AS

gemäß Artikel 87 Absatz 3 Satz 2 GG
Drucksache 192/14

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

- 2.** Gesetz zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates EU
GrüLi

gemäß Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 GG
Drucksache 174/14

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

- 3.** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) AS
K
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaats Thüringen, Beitritt Nordrhein-Westfalen, Hessen
Drucksache 172/14
Drucksache 172/1/14

Die Landesregierung hat die Einbringung des Gesetzentwurfes und die Bestellung einer Beauftragten unterstützt.

- 4.** Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Sachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 195/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 5.** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellungen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Bayern, Beitritt Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 193/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 6.** Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Ergänzung personalrechtlicher Bestimmungen

GrüLi

AS
Fz
In

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 145/14

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 7.** Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto

AS
Fz
In

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 146/14
Drucksache 146/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 8.** Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz)

AS
AV
FJ
Fz
In
R
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 147/14
Drucksache 147/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 9.** Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

GrüLi

Fz
FJ
FS

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 149/14
Drucksache 149/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 10.** Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes *Fz*
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 150/14
Drucksache 150/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.
- 11.** Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz - GKV-FQWG) *G*
AS
AV
Fz
In
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 151/14
Drucksache 151/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
- 12.** Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes *In*
FJ
FS
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 152/14
Drucksache 152/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nur teilweise unterstützt.
- 13.** Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze *In*
R
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 153/14
Drucksache 153/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nur teilweise unterstützt.
- 14.** Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr *R*
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 154/14
Drucksache 154/1/14
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nicht unterstützt.
- 15.** Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes *U*
GrüL
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 156/14
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 16.** a) Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts *Wi*
AV
Fz
In
U
Vk
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 157/14
Drucksache 157/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 16.** b) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen *Wi*
AV
In
U
Vk
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 191/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 17.** Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen *Wo*
In
U
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 155/14
Drucksache 155/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt und eine Erklärung zu Protokoll gegeben (Anlage).

- 18.** Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. September 2013 zwischen der *Fz*
GrüLi Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 158/14

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 19.** a) Entwurf eines Gesetzes zu dem Luftverkehrsabkommen vom 25. und 30. April 2007 *Vk*
In
GrüLi zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (Vertragsgesetz EU-USA-Luftverkehrsabkommen - EU-USA-LuftverkAbkG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 159/14

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 19.** b) Entwurf eines Gesetzes zu dem Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen vom 15. Dezember 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits (Vertragsgesetz Europa-Mittelmeer-Jordanien-Luftverkehrsabkommen - Euromed-JOR-LuftverkAbkG) Vk
In

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 160/14

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 19.** c) Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 26. Juni 2012 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Moldau über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum (Vertragsgesetz EU-Moldau-Luftverkehrsabkommen - EU-MDA-LuftverkAbkG) Vk
In

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 161/14

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

- 20.** Nationaler Sozialbericht 2014 AS
FJ
G
K
Wo

Drucksache 139/14

Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen.

- 21.** Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland AS
FJ
Fz
K
Wi

Drucksache 142/14

Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen.

- 22.** a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für den Handel mit Zuchttieren und deren Zuchtmaterial in der Union sowie für die Einfuhr derselben in die Union EU
AV

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 49/14
zu Drucksache 49/14
Drucksache 49/1/14

in Verbindung mit

- 22.** b)Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 89/608/EWG, 90/425/EWG und 91/496/EWG hinsichtlich der Bezugnahmen auf tierzuchtrechtliche Vorschriften *EU
AV*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 52/14
zu Drucksache 52/14
Drucksache 49/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

- 23.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Seilbahnen *EU
AS
In
Vk
Wi*

GrüLi

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 118/14
zu Drucksache 118/14
Drucksache 118/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 24.** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter *EU
Fz
R
Wi*

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 165/14
zu Drucksache 165/14
Drucksache 165/1/14

Die Landesregierung hat die vom Bundesrat abgelehnte Stellungnahme nicht unterstützt.

- 25.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die EU-Justizagenda für 2020 - Stärkung von Vertrauen, Mobilität und Wachstum in der Union *EU
FJ
In
R*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 122/14
Drucksache 122/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 26.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung *EU
AS
FJ
In
R*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 123/14
Drucksache 123/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 27.** **GrüLi** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Neufassung) *EU
AS
Wi*

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 119/14
zu Drucksache 119/14
Drucksache 119/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 28.** Mitteilung der Kommission über die Europäische Bürgerinitiative: "Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware" *EU
AV
G
In
U
Wi*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 111/14
Drucksache 111/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 29.** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. XXX/XXX des Europäischen Parlaments und des Rates [Verordnung über amtliche Kontrollen] und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates *EU
AV
G
U
Wi*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 113/14
zu Drucksache 113/14
Drucksache 113/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 30.** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Das EU-Justizbarometer 2014 *EU
In
R*

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 171/14
Drucksache 171/1/14

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 31.** Verordnung zur Änderung eier- und fleischhandelsrechtlicher Verordnungen *AV*

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 135/14
Drucksache 135/1/14

Die Landesregierung hat der Verordnung nach Maßgabe einer Änderung zugestimmt.

- 32.** Dritte Verordnung zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften für Zucker AV
GrüLi
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 136/14
Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 33.** Verordnung zur Änderung der TPG-Verordnung über Qualität und Sicherheit von Organen G
GrüLi
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 140/14
Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 34.** Verordnung zur Änderung der TPG-Gewebeverordnung G
GrüLi
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 141/14
Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 35.** Verordnung zur Umsetzung der Regelungen der Europäischen Union über die Anerkennung von in anderen Mitgliedstaaten ausgestellten ärztlichen oder zahnärztlichen Verschreibungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten G
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 169/14
Drucksache 169/1/14
Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer EntschlieÙung unterstützt.
- 36.** Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung R
GrüLi
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 137/14 (neu)
Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 37.** Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) U
AV
Fz
G
V_k
Wi
gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 77/14
Drucksache 77/1/14
Die Landesregierung hat der Verordnung nach Maßgaben zugestimmt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer EntschlieÙung unterstützt.

- 38.** **GrüLi** Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußball-WM 2014 U
G
In
- gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 131/14
- Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 39.** Verordnung zum Erlass seearbeitsrechtlicher Vorschriften im Bereich der medizinischen Betreuung auf Seeschiffen Vk
AS
Fz
G
Wi
- gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 120/14
Drucksache 120/1/14
- Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer Entschließung unterstützt.
- 40.** **GrüLi** Personelle Veränderung im Beirat für Ausbildungsförderung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung K
- gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 BeiratsV
Drucksache 134/14
- Die Landesregierung hat dem Berufungsvorschlag zugestimmt.
- 41.** **GrüLi** Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht R
- Drucksache 170/14
- Die Landesregierung hat sich zu dem Verfahren nicht geäußert und ist nicht beigetreten.
- 42.** Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bewährungshilfe und der Straffälligenarbeit
- gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Mecklenburg-Vorpommern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 201/14¹
- Die Landesregierung hat die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes in sofortiger Sachentscheidung und die Bestellung eines Beauftragten unterstützt.

¹ Wegen des Grundsatzes der Diskontinuität erneut vorgelegter Gesetzesantrag; unverändert gegenüber dem vom Bundesrat in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache 354/11 (Beschluss)).

- 43.** Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bundesfernstraßenrecht

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Sachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 206/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 44.** Entschließung des Bundesrates - Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 202/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 45.** Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung internationaler Steuergestaltungen

Antrag des Landes Baden-Württemberg, Beitritt
Nordrhein-Westfalen, Bremen, Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 205/14

Die Landesregierung hat das Fassen der Entschließung in sofortiger Sachentscheidung unterstützt.

- 46.** Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Brandenburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 208/14

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

- 47.** Wahl von Mitgliedern der "Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, Satz 3 des Standortauswahlgesetzes
GrüLi

gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, Satz 3
Standortauswahlgesetz
Antrag des Landes Baden-Württemberg, Beitritt alle
übrigen Länder
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 215/14

Die Landesregierung ist der Initiative beigetreten und hat den Wahlvorschlägen in sofortiger Sachentscheidung zugestimmt.

48. Entschließung des Bundesrates zur Sicherung von "Jugend trainiert für Olympia" und "Jugend trainiert für Paralympics"

Antrag der Länder Berlin, Baden-Württemberg,
Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-
Westfalen, Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 218/14

Die Landesregierung hat das Fassen der Entschließung in sofortiger
Sachentscheidung unterstützt.



**Erklärung
zu Protokoll
von
Dr. Robert Habeck
Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein,
in der 922. Sitzung des Bundesrates
am 23. Mai 2014
zu**

Top 17

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen
BR-Drucksache 155/14

Die schleswig-holsteinische Landesregierung sieht weder eine Notwendigkeit noch ein Erfordernis, die von der Bundesregierung in dem vorgelegten Gesetzentwurf vorgeschlagene Länderöffnungsklausel einzuführen.

Es besteht bereits ein flexibles Instrumentarium zur Festlegung der örtlich jeweils erforderlichen Abstände zu Wohnnutzung und anderen schutzwürdigen Nutzungen. Über den Regionalplan können wertvolle Landschaftsräume großräumig freigehalten und die Abstände zu Siedlungsbereichen geregelt werden. Gleichzeitig können die Regionalpläne geeignete Flächen im erforderlichen Umfang der Windenergie vorbehalten. Die Feinsteuerung obliegt der Planungshoheit der jeweiligen Gemeinde. Sie kann unter Berücksichtigung der landesplanerischen Ziele mit dem Flächennutzungsplan und ggf. auch einem Bebauungsplan flexibel und ortsangemessen die Errichtung von Windenergieanlagen steuern.

Die Einführung einer landesgesetzlichen Regelung würde das raumordnerische Abwägungsgebot auf den Landesgesetzgeber verlagern. Dies erfordert bis ins Detail gehende Kenntnisse der Planungsregionen. Diese individuell-konkreten Kenntnisse liegen dem Gesetzgeber regelmäßig nicht vor und verlassen den verfassungsrechtlichen Rahmen einer generell-abstrakten gesetzlichen Regelung.

Die Festlegung von Mindestabständen durch Landesgesetz stünde zudem dem Ziel der gesamtdeutschen Energiewende und damit des flächendeckenden Ausbaus der Windenergie entgegen, da diese zu einer erheblichen Planungsunsicherheit für Investoren führt. Dies insbesondere deswegen, da sie bis zum Ende der im Gesetzentwurf vorgesehenen Befristung am 31.12.2015 nicht mit ausreichender Sicherheit wüssten, welche Länder von der Länderöffnungsklausel Gebrauch machen würden. Zudem könnten Investoren zukünftig von einer Vielzahl unterschiedlicher Landesregelungen betroffen sein. Dies erschwert Planungen und bremst den Ausbau der Windenergie erheblich aus.